

## Schluss mit der Abschottung, Grenzen auf!

BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG DES LANDESJUGENDRINGS AM 14.11.2020

An den EU-Außengrenzen ereignet sich eine humanitäre Katastrophe. Ob in Libyen, an der bosnisch-kroatischen Grenze oder auf den griechischen Inseln: Für zehntausende geflüchtete Menschen herrschen katastrophale Zustände – besonders für die Kinder und Jugendlichen unter ihnen. Dabei werden die schutzsuchenden Menschen zum Spielball einer machtpolitischen Auseinandersetzung u.a. zwischen der EU und der Türkei.

Seit Jahren fliehen Menschen vor Krieg, Verfolgung, Hunger und den Folgen des Klimawandels u.a. über das Mittelmeer. Gerade junge Menschen wagen auf der Suche nach Schutz und nach einer Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben die Flucht nach Europa, oft mit fatalen Folgen: viele Tausende sterben jährlich dabei. 2018 starben täglich durchschnittlich sechs Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren (vgl. [www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/aktuelles/news/uebersicht/detail/artikel/unhcr-bericht-jeden-tag-6-tote-im-mittelmeer](http://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/aktuelles/news/uebersicht/detail/artikel/unhcr-bericht-jeden-tag-6-tote-im-mittelmeer), abgerufen am 27.09.2019).

Wir meinen: das moralische Lob, das sich die BRD und der Friedensnobelpreisträger EU dafür zusprechen, dass sie sich um die „humanitären Probleme“ kümmern, haben sie nicht verdient. Denn sie reden vielmehr über ihre Probleme mit den Flüchtlingen, statt über die Probleme der geflüchteten Menschen.

Die in der Öffentlichkeit und von ranghohen Politiker\*innen immer wiederholten Aussagen, dass sich „2015 nicht wiederholen dürfe“, weisen wir hiermit zurück. An der Tatsache, dass in Zeiten von Corona problemlos milliardenschwere Hilfspakete für „die Wirtschaft“ geschnürt werden, zeigt sich, dass die Aufnahme von hilfesuchenden Menschen nicht an irgendwelchen knappen Ressourcen, mangelndem Wohnraum oder sonstigen sachlichen Gründen scheitert, sondern am politischen Willen der europäischen Staaten.

Als in den Jugendringen organisierte Jugendverbände haben wir uns stets für „uneingeschränkte Solidarität mit den nach Europa flüchtenden Menschen“ (vgl. <https://www.dbjr.de/artikel/uneingeschraenkte-solidaritaet-mit-fluechtenden-menschen>) eingesetzt. Um diese zu gewährleisten, erwarten wir von der deutschen und europäischen Politik, endlich die humanitäre Katastrophe zu beenden und eine solidarische und menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik zu schaffen.

Deshalb fordern wir von der Landesregierung, der Bundesregierung und den europäischen Institutionen:

- Die EU-Außengrenzen müssen sofort für alle schutzsuchenden Menschen geöffnet werden!
- Die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union mit autoritären Drittstaaten und Diktaturen, die für die EU Migrant\*innen abwehren sollen, ehe sie die Grenzen Europas erreichen, und dabei Menschenrechte missachten, zu beenden!
- Lebensperspektiven und hin- und ausreichende Unterstützung für geflüchtete Menschen in Deutschland und Europa statt Verwahrung in Flüchtlings-Sammel-Lagern, Arbeitsverbot, Reisebeschränkungen, soziale Ausgrenzung und die Perspektive auf Abschiebung!
- Stopp der Abschiebungen in Deutschland lebender Menschen!
- Dafür zu sorgen, alle flüchtenden Menschen aus den Lagern an den EU-Außengrenzen zu evakuieren und ihnen auch eine menschenwürdige Unterkunft mit Schutz vor Covid-19 und eine echte Lebensperspektive in den europäischen Ländern zur Verfügung zu stellen. Dabei sollte insbesondere der Schutz von Kindern und Jugendlichen gewährleistet werden.

Der Vorstand des Landesjugendrings setzt sich mit diesen Positionen gegenüber der Landespolitik ein. Die Mitgliedsverbände bemühen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten darum, auf die Landes- und Kommunalpolitik einzuwirken und Städte zu „sicheren Häfen“ zu erklären, um geflüchtete Menschen aufzunehmen.

Der Landesjugendring schließt sich der Kampagne „Baden-Württemberg zum sicheren Hafen machen!“ der Seebrücke und des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg an.

Stuttgart, den 14.11.2020